

WIR SIND DIE ZUKUNFT



Newsletter Nr. 07/2023 „Wir sind die Zukunft“
für die Aktiven in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
www.wir-sind-die-zukunft.net

INHALT

- Infos aus dem KJHA vom 04.07.2023
- Rampenlichter 2023
- Veranstaltungstipps
- Die nächste Ausgabe
- Impressum und Datenschutz

INFOS AUS DEM KJHA VOM 04.07.2023

Gemeinsame Sitzung Kinder- und Jugendhilfeausschuss, Bau- und Bildungsausschuss

TOP 1 – SCHUL- UND KITABAUOFFENSIVE, SACHSTANDSBERICHT 2023

Florian Kraus (Stadtschulrat) gibt einen Sachstandsbericht zur Umsetzung der bisherigen vier Phasen der Schul- und Kitabauoffensiven sowie zur bevorstehenden fünften Phase. Eingangs wies er darauf hin, dass unlängst bei der Einweihung der Grundschule an der Infanteriestraße

deutlich wurde, dass die Landeshauptstadt ein bayern- und bundesweit einzigartiges Programm zum Schul- und Kitabau betreibe. Diese Programme seien nicht nur quantitativ einzigartig – damit setze München auch Maßstäbe in der inhaltlichen Ausgestaltung. Insbesondere lasse sich München bei den Bauvorhaben von der Erreichung der Klimaziele leiten. Darunter sei beispielsweise auch der Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Autos und E-Bikes zu verstehen. Ein weiterer Schwerpunkt bei der Planung und Umsetzung der Baumaßnahmen sei die Flächenentsiegelung, die Renaturierung von Schulhöfen und deren Öffnung für die Öffentlichkeit am Nachmittag. Davon würden die entsprechenden Stadtquartiere langfristig profitieren. Im 5. Schul- und Kitabauprogramm stünden 58 Projekte zur Realisierung an. In den bisherigen vier Programmen seien Räumlichkeiten für insgesamt 314 Schulzüge an 406 beruflichen und 169 Förderschulen entstanden. Hinzu kommen 78 Mensen, 178 Sportanlagen, 10 Schwimmhallen und Platz für 185 Kita-Gruppen, ergänzte Holger May (Immobilienmanagement RBS).

Iris Lemke (Baureferat) wies darauf hin, dass sich die Landeshauptstadt mit dem Grundsatzbeschluss II zur Erreichung von Klimaneutralität verpflichtet habe. Das zeige sich auch im Bau von Schulen und Kitas. In den bislang beschlossenen vier Schul- und Kitabauprogrammen wurden knapp 8 Mrd. Euro verausgabt – weitere 535 Mio. Euro für Kitas. Über die Hälfte der in den vier Programmen enthaltenen Maßnahmen seien bereits in Betrieb oder im Bau. Für 2023 und die Folgejahre stünden nun 58 Projekte an, die in der 5. Schul- und Kitabauprogramm realisiert werden sollen. Dabei soll u.a. der Anteil der sanierten Gebäude von 2 auf 4 Prozent wachsen.

Herr Lenz (RBS) versicherte, dass das Referat die Schulen bei der Aufgabe der Begrünung der Schulhöfe und deren Öffnung für die Bevölkerung unterstützen werde. Dabei sollen beispielsweise die Kosten für Sicherheitsdienste und eine zusätzliche Reinigung des Geländes übernommen werden. Die geplante Ladeinfrastruktur reiche im Übrigen über die gesetzlichen Vorgaben hinaus – 10 Prozent der Stellplätze für PKW werde man mit kostenpflichtigen Ladesäulen ausstatten.

Dr. Jeanne-Marie Ehbauer (Baureferentin) ergänzte, dass das RBS und ihr Referat im Bereich Schul- und Kitabau sehr gut zusammenarbeiten würden. Ihr Anliegen sei es, die geplanten Vorhaben so klimafreundlich wie möglich umzusetzen.

Verena Dietl (Bürgermeisterin) dankte den beteiligten Referaten und den Vortragenden für die umfassende Arbeit. Politik und Verwaltung ziehen beim Thema Schul- und Kitabau an einem Strang. Bei den ehrgeizigen Vorhaben scheitere es oft nicht am Geld, sondern an Auflagen des Denkmalschutzes. Insgesamt sei München mit diesen Bauprogrammen bundesweit ein Leuchtturm.

StRin Dr. Hannah Gerstenkorn (Die Grünen/Rosa Liste) dankte den Referaten und betonte, dass es sich um eine bemerkenswerte Beschlussvorlage handle, in der enorme Arbeit stecke. Bedarfe für die Zukunft zu planen, sei angesichts von Krisen wie Corona oder dem Ukraine-Krieg eine höchst komplexe Aufgabe. Aus den Planungen für die 5. Schul- und Kitabauprogramm geht hervor, dass München das Bestmögliche für Kinder und Jugendliche tue – gleichzeitig die Frage der Klimaneutralität immer mitdenke.

Dem Dank schloss sich auch StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) an. Er merkte an, dass Gerechtigkeit mit bestmöglicher Bildung beginnen würde. Er regte an, dass bei künftigen Planungen bereits Optionen für Erweiterungsbauten vorgesehen werden sollen. Zudem sei es sinnvoll, deutlich mehr Fahrradstellplätze an den Schulen anzubieten. Von den Plänen zur Öffnung der Schulhöfe zeigte er sich begeistert. Das belege, dass man den öffentlichen Raum insgesamt neu denken müsse. In diesem Zusammenhang schlug er vor, künftig schon frühzeitig die Kinder und Jugendlichen an den Planungen zu beteiligen. Zudem müsse man künftig noch viel stärker den Inklusionsgedanken in die Planungen integrieren, damit wirklich alle Schüler*innen Zugang zu den Gebäuden und damit zu hochwertiger Bildung haben.

Dem konnte auch StRin Lena Odell (SPD/Volt) zustimmen. Seit der ersten Schul- und Kita-bauoffensive sei schon sehr viel erreicht worden. Besonders im Bereich Kita zeige sich aber, dass die neuen Bauten auch mit Personal ausgestattet werden müssten. Hier liege die größte Herausforderung der Zukunft. Zudem müsse auch darauf geachtet werden, dass die Bedürfnisse aller am Bauprozess Beteiligten beachtet werden. Schließlich merkte sie an, dass das staatliche Schulamt die Bauoffensive der Landeshauptstadt gelobt habe – nun sei es Aufgabe der Bayerischen Staatsregierung, die Schulen auch mit guter Bildung zu füllen.

StRin Beatrix Burkhardt (CSU/Freie Wähler) bedankte sich vor allem dafür, dass die Zusammenarbeit zwischen RBS und Baureferat so gut funktioniere. Gut wäre zudem, wenn die Zahlen aus dem Planungsreferat frühzeitig zur Verfügung stünden. Sie wollte zudem wissen, welchen Unterschied es bei den Planungen z.B. für Proben- und Klassenräume gäbe. Der Schulbau muss in Zukunft weiter vorangetrieben werden, weil die Stadt wachse – das schließe auch die Sanierung ein. Gleichzeitig wünschte sie sich, dass den vielen Bürgerinitiativen, die sich jeweils im Umfeld von neuen Schul- und Kitabauprojekten formierten, klargemacht werde, wie langwierig manche Prozesse in der Stadtverwaltung seien. Insgesamt verwies sie darauf, dass bei den Planungen für neue Schulen nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholt würden – beispielsweise die Versiegelung von Schulhöfen.

Dr. Jeanne-Marie Ehbauer (Baureferentin) erläuterte, dass ihr Referat das Baurecht im Sinne der späteren Nutzung maximal ausnutze und auch spektakuläre Lösungen umsetzen würde. So konnte durch innovative Planungen in einem Schwabinger Gymnasium auf der gleichen Grundfläche 30 Prozent mehr an Fläche für Schulräume geschaffen werden. Gleichzeitig verwies sie darauf, dass Kinder und Jugendliche sehr wohl nach ihren Bedürfnissen befragt würden. Zur Frage der Versiegelung antwortete sie, dass gesetzliche Vorgaben dazu führen, dass bestimmte Flächen an Schulen zur Verkehrserziehung versiegelt sein müssten.

Iris Lemke (Baureferat) ergänzte, dass man zur optimalen Belegung der nutzbaren Flächen künftig auch höher bauen wolle. Bei Bestandsbauten sei dies jedoch nur eingeschränkt umsetzbar. Für die Unterbringung von Fahrrädern arbeite man auch an Lösungen wie Fahrrad-Tiefgaragen. Im Übrigen könnten beispielsweise Schul- und Probenräume aufgrund förderpolitischer Festlegungen nicht wechselseitig umgewidmet werden.

StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) dankte abschließend auch den Steuerzahler*innen, die letztlich die umfassenden Baumaßnahmen ermöglichen würden.

Beschluss: in allen drei Ausschüssen einstimmig angenommen

Gemeinsame Sitzung Kinder- und Jugendhilfeausschuss und Sozialausschuss

TOP 1 – GESCHÄFTSBERICHT DES SOZIALREFERATES FÜR DAS JAHR 2022

StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) dankte zunächst dem Referat und den freien Trägern für ihre Arbeit, die sich im Bericht widerspiegle. Eine der größten Herausforderungen bleibe es, die Bearbeitungsfristen für Wohngeld zu verkürzen. Zudem beobachte sie, dass zunehmend mehr ältere Menschen von Transferleistungen der Grundsicherung abhängig sind; viele könnten sich dann ein Leben in der Stadt München nicht mehr leisten.

Michaela Fischer (Caritas) bedankte sich ebenfalls für die umfassende Vorlage. Sie wies jedoch darauf hin, dass eine Formulierung im Bericht (Seite 22, Abschnitt 6.4) nicht zielführend sei. Dort wird ausgesagt, dass Angebote von Heilpädagogischen Tagesstätten (HPT) an Schulen verstetigt werden sollen. Sie wies darauf hin, dass das eine Angebotsform unter anderen sein könnte – jedoch nicht zwingend für alle Schüler*innen eine Alternative darstelle. Vielmehr regte sie an, das bestehende Konzept der Modellprojekte weiter zu schärfen und auszudifferenzieren.

StRin Clara Nitsche (Die Grünen/Rosa Liste) wies darauf hin, dass der Bericht deutlich von den Erfahrungen der Corona-Pandemie und des Ukraine-Kriegs geprägt sei. Sie dankte auch dem Referat für die geleistete Arbeit – betonte jedoch die Dramatik, die sich im Bereich Personal- und Fachkräftegewinnung zeige. Positiv bewertete sie, dass 80 Contact-Tracing-Kräfte, die während der Pandemie tätig waren, für ein dauerhaftes Anstellungsverhältnis gewonnen werden konnten.

Beschluss: nur Kenntnisnahme

TOP 2 – SOZIALER ZUSAMMENHALT IM BAHNHOFSVIERTEL I – ANGEBOTE FÜR OB-DACH- UND WOHNUNGSLOSE MENSCHEN AUSBAUEN

Der „Runde Tisch“, der sich mit der Verbesserung der sozialen Situation im Bahnhofsviertel befasst hatte, sei ein Erfolg gewesen, argumentierte StRin Clara Nitsche (Die Grünen/Rosa Liste). Oberbürgermeister Dieter Reiter hatte dabei immer wieder betont, dass die Stadt alles unternehmen werde, um eine Besserung herbeizuführen und das Viertel aufzuwerten. Der Prozess dorthin sei jedoch langwierig. Sebastian Groth (KVR Stadtdirektor) wird demnächst einen neuen „Runden Tisch“ zu diesem Thema einberufen, der künftig auch im KVR koordiniert werden soll. Zu klären seien dabei unter anderem die Fragen und Hinweise des Migrationsbeirats als Ergebnis des ersten Runden Tisches.

StRin Lena Odell (SPD/Volt) lobte die Sozialreferentin, die sich in diesem Prozess zur „Stimme der Betroffenen“ gemacht habe. Sie mahnte ebenfalls an, die Rückmeldungen des Migrationsbeirats in die nächsten Gespräche einfließen zu lassen. Gemeinsam sei es möglich, aus dem Bahnhofsviertel ein lebenswertes Quartier für alle Menschen zu machen.

Dem Lob schloss sich auch StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) an. Sie betonte, dass es gelungen sei, alle Positionen in den Runden Tisch aufzunehmen. Die anstehenden

Gesprächsrunden sollten unten Einbindung sowohl des Sozialreferats als auch des KVR stattfinden. Ziel sei es, konkrete Verbesserungen für die Menschen im Viertel zu erreichen, z.B. eine Poststelle für wohnsitzlose Menschen ohne Postadresse, die dort ihre Post abholen könnten. Als hoch problematisch betrachtete sie den starken Anstieg der illegalen Prostitution im Viertel. Ihr sei deshalb der Ansatz der aufsuchenden Hilfe wichtig.

Claudia Caspari (KJR) dankte ebenfalls für die Vorlage und die Ergebnisse des Runden Tisches. Die Vorlage beinhalte viele Aspekte, die bei der weiteren Entwicklung des Viertels zu beachten sind. Ihr sei in dem Zusammenhang die Situation von jungen Menschen im Alten Botanischen Garten wichtig, in dem sich das Spielhaus Sophienstraße – eine Einrichtung des KJR – befinde. Schutz und Sicherheit sowie Sauberkeit um diese Einrichtung herum und für den Schulweg von Kindern waren Themen eines runden Tisches vor Ort. Neben ersten konkreten Umsetzungen (Ausdünnung von Gebüsch) seien dort nun viele Initiativen und Kooperationspartner*innen tätig um den Alten Botanische Garten und den benachbarte Karl-Stützel-Platz zu beleben. Ziel muss sein, diesen öffentlichen Ort auch für Kinder, Teenager und Jugendliche attraktiv und sicher zu gestalten. Sie bat deshalb darum, dieses Areal explizit weiter in den Blick zu nehmen – der KJR werde sich in jedem Fall weiter an den Gesprächen beteiligen.

Derweil warnte StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) davor, das Viertel und seine Menschen zu stigmatisieren. Aus dem Befund im Bahnhofsviertel könne man lernen, welche Konsequenzen Vielfalt in der Stadtgesellschaft auch haben kann. Er unterstrich ebenfalls die Bedeutung der aufsuchenden Arbeit im Viertel. Konkret forderte er zusätzliche kostenlose öffentliche Toiletten. Die Stimme des Migrationsbeirats müsse in dem jetzt anstehenden Prozess in jedem Fall stärker gehört werden.

Dorothee Schiwy (Sozialreferentin) bestätigte, dass die Anmerkungen des Migrationsbeirats künftig stärker Beachtung finden – zudem werden die Hinweise des KJR zur Situation im Alten Botanischen Garten in die Beschlussvorlage aufgenommen.

Beschluss: in beiden Ausschüssen einstimmig angenommen

TOP 3 – GEPLANTE BESCHLÜSSE FÜR DAS 2. HALBJAHR 2023 MIT FINANZIELLEN AUSWIRKUNGEN AUF DEN HAUSHALT 2024 FF.

Julia Sterzer (AWO) erklärte, dass den freien Trägern sehr wohl bewusst sei, wie groß die Aufgabenvielfalt des Sozialreferats sei und wie es gelinge, die finanzielle Ausstattung des Sozialbereichs zu erhalten bzw. sogar auszuweiten. Kritik äußerte sie jedoch am Verfahren, wie die endgültige Liste der Vorhaben und Projekte im Bereich Kinder- und Jugendhilfe zustande gekommen ist, die finanziert werden. Die freien Träger könnten nicht erkennen, auf Grundlage welcher Kriterien die Entscheidungen getroffen wurden. Sie bat das Referat deshalb um die vollständige Liste aller eingereichten Projekte/Maßnahmen.

StRin Anne Hübner (SPD/Volt) erklärte dazu, dass sich der Ältestenrat bereits darauf verständigt hätte, diese ursprüngliche Liste aller vorgelegten Anträge an alle Fraktionen weiterzugeben – jetzt sollten auch die freien Träger diese Liste bekommen. Sie erläuterte, wie die jetzt

vorgelegte gekürzte Liste zustande gekommen war. In direkten Gesprächen zwischen den Referatsleitungen und der Kämmerei wurden die Vorhaben genehmigt, die angesichts der Haushaltslage realisierbar seien; Sammelbeschlüsse wie in den letzten Jahren werde es nicht mehr geben. Hübner wiederholte jedoch ihren Hinweis, dass sich freie Träger, wenn sie in finanzielle Notlagen geraten würden oder es unvorhersehbare Probleme geben würde, jederzeit an das Referat wenden könnten, um kurzfristig Lösungen zu finden. Bis zur endgültigen Verabschiedung des Haushalts können man dann noch aktiv werden.

StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) wandte ein, dass die anstehenden Aufgaben im Sozialbereich nicht allein von den Mehrheitsfraktionen gelöst werden könnten. Die Information dazu, wie letztlich eine Finanzierung/Förderung zustande komme, müsse allen Beteiligten zugänglich gemacht werden. Es sollte aus fachlichen Überlegungen heraus immer möglich sein, noch Verschiebungen im Haushalt vorzunehmen, denn tatsächliche Bedarfe entstünden aus der gesellschaftlichen Realität heraus. Man müsse ggf. kurzfristig Projekte finanzieren, um langfristig Folgekosten zu sparen, z.B. beim Thema Gewaltprävention. Er forderte deshalb mehr Transparenz beim Entstehen der Beschlussvorlagen.

Karin Majewski (Paritätischer) dankte ebenfalls für die umfassende Vorlage und bekräftigte, dass es beim Antrag der Wohlfahrtsverbände und freien Träger vor allem um mehr Transparenz des Verfahrens geht. Die eingereichten Anträge seien mit der Fachsteuerung besprochen und deshalb sei es nur gerechtfertigt, zu erfahren, warum diese nicht berücksichtigt wurden. Im Übrigen bedankte sie sich bei der Politik, die trotz schwieriger Haushaltslage u.a. Mittel zur Linderung des Fachkräftemangels zur Verfügung stellt. Sie berichtete von Arbeitsgruppen von Sozialreferat und Verbänden zum Thema dual Studierende. Dabei hatte sich erst nach der zweiten Sitzung gezeigt, dass das Referat bereits fertige Umsetzungsmodelle erarbeitet hatte, die durch die AG nicht mehr zu verändern waren. Um hier Missverständnisse und Parallelarbeit zu verhindern, sei eine frühzeitige und transparente Beteiligung der Verbände an derartigen Prozessen notwendig. Sie fragte darüber hinaus nach, warum in den geplanten Beschlüssen keine Stellen für die Verfahrenslotsen vorgesehen seien, obwohl diese ab 2024 lt. Gesetz eingeführt werden müssen.

StRin Anne Hübner (SPD/Volt) erläuterte noch einmal, dass der vorliegende Eckdatenbeschluss nur prognostizierende Wirkung hätte und nicht abschließend bzw. bindend sei. Planungssicherheit würde erst mit der Verabschiedung des Haushalts entstehen. Beim Thema Fachkräftegewinnung und dual Studierende beobachte sie unterschiedliche Herangehensweisen und Interessen. Um diese Parallelstrukturen zu verhindern werde man künftig für mehr Transparenz sorgen.

StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) bestätigte das Anliegen der Verbände und wies darauf hin, dass auch die Opposition in alle Entscheidungsprozesse eingebunden werden solle. Sie berichtete, dass es ein großes Interesse von jungen Menschen an dualen Studiengängen gäbe. Der Landeshauptstadt solle deshalb auch in die Finanzierung dieser Ausbildungsform bei den freien Trägern einsteigen.

Verena Dietl (Bürgermeister) unterstrich, dass alle Beteiligten im Sinne der gemeinsamen Sache arbeiten und den sozialen Bereich weiter bedarfsgerecht ausstatten werden.

Auch Dorothee Schiwy (Sozialreferentin) bestätigte, dass die Verwaltung uneingeschränkt das Ziel verfolge, den sozialen Bereich bestmöglich auszustatten und auf Bedarfe zu reagieren, die sich aus fachlicher und politischer Sicht ergeben. Sie verwies jedoch auch auf die Anweisungen aus der Kämmerei, wonach nur Aufgaben/Projekte in die Haushaltsplanung aufgenommen würden, die für bestehende Träger existenzsichernd sind. Maßnahmen, die zeitlich verschoben werden können, fielen schon in der ersten Runde raus. Deshalb habe eine vollständige Übersichtsliste aller eingereichten Projekte nur bedingt Aussagekraft, weil sich darin nur die Maßgaben der Kämmerei widerspiegeln. Diese Liste würde die Arbeit der Kolleg*innen in der Praxis weder besonders herausstellen noch abwerten – es ging im Verfahren schlicht um die Finanzierbarkeit. Beim Thema dual Studierende berichtete Schiwy, dass man jetzt mit 30 Plätzen starten werden – bis 2024 soll diese Zahl auf 90 steigen.

Dr. Manuela Sauer (Paritätischer) unterstrich noch einmal, dass die Träger keinesfalls das Gebot des Sparens im städtischen Haushalt ignorieren; sie zweifeln auch nicht daran, dass das Referat nach den Vorgaben richtig entschieden habe. Freie und öffentliche Träger hätten aber die gemeinsame Aufgabe, die Kinder- und Jugendhilfe zu gestalten. Das bedeute z.B., dass die freien Träger auch wissen wollen, welche ihrer Anträge grundsätzlich eckdatenbeschlussfähig gewesen wären. Sie fordere nur die aktive Mitwirkung der freien Träger am gesetzlichen Auftrag der Jugendhilfe ein.

Schließlich sicherte Dorothee Schiwy (Sozialreferentin) zu, dass das Referat die Gesamtbedarfsliste aus dem Jugendamtsbereich an die freien Träger und die Opposition weitergeben werden – gab jedoch einschränkend zu bedenken, dass diese Liste nicht alle Prozesse abbilden könne.

Beschluss: nur Kenntnisnahme

Sitzung Kinder- und Jugendhilfeausschuss

TOP 3 – ERRICHTUNG EINES HAUSES FÜR KINDER MIT 3 KRIPPEN- UND 3 KINDERGARTENGRUPPEN IM ALEXIS-QUARTIER WA 8, ZENZL-MÜHSAM-STR. 23, 16. STADTBEZIRK RAMERSDORF-PERLACH UND TOP 5 – ANNAHME EINES ZUWENDUNGSAN- GEBOTS DER DR.-LUDWIG-KOCH-STIFTUNG IN HÖHE VON 25.000 EURO

ohne Aufruf einstimmig angenommen

TOP 1 – WISSENSCHAFTLICHE BEGLEITUNG DER KOOPERATIVEN GANZTAGSBILDUNG DURCH DAS DEUTSCHE JUGENDINSTITUT E. V. – ERGEBNISSE DER ELTERN- BEFRAGUNG ZUR KOOPERATIVEN GANZTAGSBILDUNG IN MÜNCHEN 2021

Dr. Manuela Sauer (Paritätischer) bewertet die Kooperation mit dem DJI als sehr erfolgreich. Die Evaluation zeige an manchen Stellen Verbesserungspotenzial auf. So hätte die Befragung der Eltern beispielsweise ergeben, dass eine stärkere Öffnung des KoGa in den Sozialraum hinein wünschenswert ist oder umfassende Partizipationsmöglichkeiten für die Beteiligten vor-

handen sein sollten. Sauer betonte jedoch, dass die Evaluation einen zentralen Mangel aufweist – die beteiligten Kinder wurden nicht befragt. Dies müssen aber unbedingt geschehen, wenn der KoGa eine zentrale Form der Ganztagsangebote sein sollte.

StR Sebastian Weisenburger (Die Grünen/Rosa Liste) schloss sich seiner Vorrednerin an und empfahl ebenfalls dringend, die Kinder zu befragen. Er könne aber durchaus nachvollziehen, dass in Zeiten der Pandemie und des Krieges das Untersuchungsdesign nicht vollumfänglich gestaltet wurde. Das müsse jetzt nachgebessert werden.

Kerstin Günter (Behindertenbeirat) erläuterte, dass sie die Befunde der Evaluation im Hinblick auf das Thema Inklusion nicht überrascht hätten; die Eltern seien nicht zufrieden mit dem Stand der Dinge. Wenn aber Inklusion nicht im KoGa mitgedacht und umgesetzt würde, so Günter, bedeute das einen Rückschritt in Richtung Förderschule. Man könne sich beim Lernhausprinzip des KoGa durchaus kreativere Formen der Mitwirkung vorstellen – beispielsweise das Angebot von Therapien vor Ort. Grundsätzlich bleibe für sie weiterhin nicht ersichtlich, nach welcher Maßgabe der Behindertenbeirat in Entscheidungsprozesse eingebunden werde. Es ist nun geplant, Kinder in die Befragung einzubeziehen. Bislang scheiterte das am Kooperationspartner TU München. Auch das Thema Inklusion werde verstärkt bei der Weiterentwicklung des KoGa mitgedacht.

Beschluss: nur Bekanntgabe

TOP 2 – AUFARBEITUNG DER MISSSTÄNDE BEI DER UNTERBRINGUNG VON KINDERN DURCH DIE LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN SEIT 1945: ERHÖHUNG DER MITTEL FÜR DIE WISSENSCHAFTLICHE AUFARBEITUNG, DRITTE FINANZIERUNG DER SOFORTHILFEN, WEITERE MITTELBEDARFE

StRin Marion Lüttig (Die Grünen/Rosa Liste) erinnerte daran, dass sich der KJHA bereits in mehreren Sitzungen mit dem Thema befasst habe und das Thema weiterhin in den Gremien präsent bleiben werde. Mit dem Beschluss während der letzten Sitzung im Juni sollte vor allem schnellstmöglich der Weg freigemacht werden für eine sofortige Auszahlung von Entschädigungszahlungen an die Opfer. Jetzt müsse es um die wissenschaftliche Aufarbeitung der Vorfälle gehen – parallel dazu um eine Verzahnung der Entschädigungszahlen mit der Landesebene. Sie freute sich über die öffentlich sichtbare Plakataktion in der Münchner U-Bahn, die die Opfer dazu ermutigen will, ihre Ansprüche geltend zu machen. Sie dankte ausdrücklich dem Leiter der Kommission, die mit der Aufarbeitung der Missbrauchsfälle beschäftigt ist, Ignaz Raab, für dessen unermüdliche Arbeit bei der Aufklärung der Vorgänge in der Vergangenheit.

StRin Lena Odell (SPD/Volt) schloss sich dem Dank an und unterstrich die Bedeutung und Schwere der Aufgaben, die die Kommission leiste. Gleichzeitig stellte sie fest, dass es kaum möglich sei, das Leid der Opfer durch Geld allein zu lindern. Hinzukommen müsse, dass diese Opfer empowert werden, um über ihr erlebtes Leid sprechen zu können bzw. den Kontakt zu den Behörden fänden.

Dem stimmte auch StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) zu – eine vollständige Heilung von den Erfahrungen und Erlebnisse sei nicht vorstellbar. Die Landeshauptstadt München bzw. der Stadtrat stelle sich seiner Verantwortung. Das werde u.a. durch die Plakataktion im öffentlichen Raum sichtbar.

Auch StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) stimmte dem zu und bedankte sich bei Ignaz Raab.

Verena Dietl (Bürgermeisterin) bekräftigte, dass sich die Stadt nicht wegducken werde. Sie dankte dem Sozialreferat und der Kommission, dass beide zu wertvollen und unverzichtbaren Ansprechpartnern für die Opfer geworden sind.

Beschluss: einstimmig angenommen

TOP 4 – VERGABEERMÄCHTIGUNG FÜR DIE ENTWICKLUNG EINER AUSBILDUNGSKAMPAGNE "PÄDAGOG*INNEN FÜR MÜNCHEN" FÜR DEN AUSBAU DER GANZTAGESBILDUNG IN MÜNCHEN

StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) regte an, die verschiedenen Ausschreibungen der einzelnen Referate im Personal- und Organisationsreferat (POR) zu bündeln, um Kosten bei der Ausschreibung zu sparen und ein wiedererkennbares Erscheinungsbild zu erlangen. Das POR kann dann die Unterkampagnen in Zusammenarbeit mit den Referaten steuern.

Dem widersprach StRin Barbara Likus (SPD/Volt). Sie plädiere dafür, die einzelnen Arbeitsfelder als eigenständig darzustellen. Entsprechend individuell müssten die Kampagnen zugeschnitten werden. StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) fügt hinzu, dass nur die Gesamtverantwortung beim POR liegen solle – die Kampagnen dann aber individuell ausgestaltet sein sollen.

Auch Florian Kraus (Stadtschulrat) bevorzugte eigenständige Kampagnen der Referate.

Beschluss: einstimmig angenommen

Zusammengestellt von Marko Junghänel

RAMPENLICHTER 2023

„Rampenlichter“ ist das bundesweit größte Tanz- und Theaterfestival von Kindern und Jugendlichen. Bis 20. Juli gibt es bei diesem Festival in München Workshops, Vorstellungen und vieles mehr. Das Festival ist barrierefrei und inklusiv angelegt – mit Relaxed Performance, Ruhebereichen und ausgewählten Stücken mit Übersetzung in Gebärdensprache. Das Programm ist kostenlos, eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Die Angebote finden täglich ab 16 Uhr statt. Weitere Informationen gibt es [hier](#).

VERANSTALTUNGSTIPPS

Was: **Online Veranstaltung: „Männerbilder in der (extremen) Rechten“**
Wer: LKS-Bayern
Wann: 18.07.2023, 17.00 – 19.00 Uhr
Wo: online
Kosten: kostenlos
Anmeldung: [hier](#)

Was: **Online-Seminar Medienblitz – Welche Medienangebote sind geeignet?**
Wer: Aktion Jugendschutz Landesarbeitsstelle Bayern e.V.
Wann: 25.07.2023, 10.00 – 11.30 Uhr
Wo: online
Kosten: kostenlos
Anmeldung: [hier](#)

Was: **„Was klotzt Du? Spielen, Bauen, Lernen mit Parketthölzchen“**
Wer: Spiellandschaft Stadt e.V.
Wann: 12.09.2023, 14.00 – 17.30 Uhr
Wo: Spielhaus Westkreuz, Aubinger Straße 57, 81243 München
Kosten: 20,00 €
Anmeldung: E-Mail an Fortbildung@spiellandschaft.de

Was: **Online Veranstaltung: „Braunes Saatgut: Landwirtschaft und die extreme Rechte – eine Spurensuche“**
Wer: LKS-Bayern
Wann: 19.09.2023, 17.00 – 19.00 Uhr
Wo: online
Kosten: kostenlos
Anmeldung: [hier](#)

Was: **Online Veranstaltung: „Aufwachsen in Krisenzeiten – Fachtagung zur psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen**
Wer: Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit Bayern (KGC)
Wann: 20.09.2023, 09.30 – 12.30 Uhr
Wo: online über Webex
Kosten: kostenlos
Anmeldung: bis 15.09.2023, [hier](#)

Was: „**Die Straße gehört uns: Spiele und Aktionen in verkehrsberuhigten Bereichen und temporären Spielstraßen**“
Wer: Spiellandschaft Stadt e.V.
Wann: 28.09.2023, 10.00 – 17.30 Uhr
Wo: Spielhaus Westkreuz, Aubinger Straße 57, 81243 München
Kosten: 40,00 €
Anmeldung: E-Mail an Fortbildung@spiellandschaft.de

Was: „**Kunst! Mobil!! um Stadtteil!!!**“
Wer: Echo e.V.
Wann: 29.09.2023, 10.00 – 17.30 Uhr
Wo: Ruth-Beutler-Straße, am Orangenen Würfel, 81829 München
Kosten: 10,00 €
Anmeldung: E-Mail an Fortbildung@spiellandschaft.de

DIE NÄCHSTE AUSGABE ERSCHEINT AM 26.09.2023

Bericht vom KJHA vom 19.09.2023
Nachbericht Hearing Wohnen vom 12.07.2023

IMPRESSUM UND DATENSCHUTZ

Das Redaktionsteam

Angelika Baumgart-Jena, Leitung Öffentlichkeitsarbeit KJR München-Stadt; Ulrike Steinforth, Planungsbeauftragte des Münchner Trichters; Chris Dünstl, Fachforum Freizeitstätten, Marko Junghänel

Verantwortlich für die Inhalte

Angelika Baumgart-Jena, Öffentlichkeitsarbeit, KJR München-Stadt
Herausgeber: Kreisjugendring München-Stadt, Paul-Heyse-Str. 22, 80336 München. Der KJR München-Stadt übernimmt keine Verantwortung für die Richtigkeit der Angaben oder für die Inhalte der verlinkten Seiten. Auf den Inhalt verlinkter Seiten haben wir keinen Einfluss. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Datenschutz

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich in unserem Verteiler angemeldet haben (DSGVO Art 6, Abs. 1.). Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, schicken Sie bitte eine E-Mail mit dem Betreff **Abmelden** an die Versandadresse zurück.